

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Kultur und Sport & Sicherheit und Ordnung
	Ressort / Stadtbetrieb	Stadtbetrieb 304 - Feuerwehr
	Bearbeiter/in	Ulrich Zander
	Telefon (0202)	563-1300
	Fax (0202)	563-1700
	E-Mail	ulrich.zander@stadt.wuppertal.de
	Datum:	11.02.2016
	Drucks.-Nr.:	VO/0152/16/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
02.03.2016	Hauptausschuss	-----
07.03.2016	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Antwort auf Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN zum Katatstrophenschutz für möglich Störfälle oder Unfälle in belgischen AKWs		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 11.02.16 zum Katastrophenschutz für mögliche Störfälle oder Unfälle in belgischen AKWs

Beschlussvorschlag

Die Antwort der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Einverständnisse

Entfällt.

Unterschrift

Matthias Nocke
Beigeordneter

Begründung

1. Welche Vorkehrungen hat die Stadt Wuppertal für den Fall eines radioaktiven Störfalls oder Unfalls getroffen?
Gibt es bereits einen Krisenstab?
Welche Kompetenzen hat der Krisenstab?

Die Feuerwehr als für den Katastrophenschutz zuständiger Stadtbetrieb ist grundsätzlich auf vielerlei Situationen vorbereitet, die auch bei einer solchen Gefährdung angewendet würden (Stichwort „Warnung der Bevölkerung“ und Information in Zusammenarbeit mit dem Servicecenter). Die Erfahrungen aus Nuklearkatastrophen wie Tschernobyl und Fukushima und auch aus anderen Gefährdungssituationen (z. B. Warnungen vor

Pandemien) lehren uns, dass einheitlich gehandelt werden muss. Für derartige Situationen haben Bund, Länder und Kommunen in den letzten Jahren Vorsorge getroffen, z. B. mit dem Ausbau des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), dem gemeinsamen Melde- und Lagezentrum (GMLZ) und mit den Krisenstäben.

Der Krisenstab der Stadt Wuppertal würde nach Aktivierung im Rahmen einer Großeinsatzlage oder Katastrophe neben der Einsatzleitung unter der Führung des Oberbürgermeisters die erforderlichen Gefahrenabwehrmaßnahmen koordinieren. Der Krisenstab trifft alle im Zusammenhang mit dem Schadensereignis stehenden und zur Gefahrenabwehr erforderlichen administrativ-organisatorischen Entscheidungen und kann allen zuständigen unteren Landesbehörden Weisungen erteilen.

2. In der Fernzone ist die Ausgabe von Jodtabletten an unter 18 Jahre alte Menschen und an Schwangere vorgesehen.
Wie ist die Ausgabe von Jodtabletten geplant?

Für das gesamte Bundesgebiet - frühere Fernzone > 100 km um Standortort KKW - gilt seit 2014 die Empfehlung „Iodblockade für unter 18-Jährige und Schwangere“, d.h. es sind flächendeckend Kaliumiodidtabletten an entsprechende Personengruppen auszugeben.

Für die Fernzone ist eine Vorhaltung in Zentrallagern vorgesehen, die Auslieferung erfolgt erst im Bedarfsfall. Die Weiterverteilung an die Ausgabestellen kann erst nach Anlieferung der Jodtabletten an die lokalen KatS-Behörden erfolgen. Dazu finden aktuell Gespräche zwischen Bund und Ländern statt, wie die zusätzlichen Margen für die neu definierte Fernzone beschafft und bereit gestellt werden können. Selbstverständlich unterstützen die Feuerwehr und die Hilfsorganisationen das Gesundheitsamt bei einer möglichen Ausgabe, ähnlich wie beim Betrieb möglicher Impfstellen (Pandemie).

3. Welche weiteren Schutzmaßnahmen sind vorgesehen?

In den nicht unmittelbar betroffenen Gebieten sind Messungen der Umgebungsstrahlung durchzuführen. Die Bevölkerung ist zeitnah über den aktuellen Sachstand sowie erforderliche Maßnahmen wie „Aufenthalt in Gebäuden“ oder „Warnung vor dem Verzehr frisch geernteter Lebensmittel“ im Rahmen der Warnung zu informieren.

4. Wieviel Zeit bleibt nach Erkenntnissen der Verwaltung bei üblicher Wetterlage (Westwind), bis die radioaktive Wolke Wuppertal erreicht?

Es ist zu erwarten, dass bei mittleren Windgeschwindigkeiten (4 Beaufort) eine radioaktive Wolke in ca. 6-8 Stunden Wuppertal erreicht..

5. Wie ist die Information der Bevölkerung geplant?

Gerade bei den zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen ist ein einheitliches Handeln wichtig, um die Bevölkerung nicht zu verunsichern. Die Warnung der Bevölkerung kann in Wuppertal über (mobile) Sirenen als Aufmerksamkeitssignal zum Einschalten eines Radios, Lautsprecherdurchsagen oder per Handy (Warn-App „NINA“, bereitgestellt vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) erfolgen. Die Städte Solingen und Wuppertal bauen dazu sukzessive mit Anschub-Finanzierung durch das Land, überwiegend aber auf eigene Kosten, ein Sirenennetz auf, um die Bevölkerung auch dezentral warnen zu können.

NINA ist die erste App zur Warnung der Bevölkerung für ganz Deutschland und vollständig in das Modulare Warnsystem (MoWaS) von Bund und Ländern integriert. Mit der Installation von NINA ist man stets aktuell über Gefahren informiert, eine Push-Funktion macht auf neue Warnungen aufmerksam.

Die Information erfolgt bisher vorrangig über Medien wie z.B. Radio. Das geschieht zentral durch das Land NRW. Ereignisbezogene Verhaltenshinweise und allgemeine Notfalltipps von Experten in NINA unterstützen dabei, sich auf mögliche Gefahren vorzubereiten.